



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Sieg Ferrys über die Radikalen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Sieg Ferrys über die Radikalen.



Das mit ziemlicher Bestimmtheit erwartet werden konnte, hat sich erfüllt: Das Ministerium Ferry hat bei der Debatte über die Tonkin-Frage, welche durch den Abgeordneten Granet herbeigeführt wurde, von der Kammer ein Vertrauensvotum erhalten, und zwar ein solches, an dem sich eine sehr starke Mehrheit der Versammlung beteiligte. 339 Stimmen von 499 drückten der Regierung ihre unbedingte Billigung der Politik aus, welche sie in Hinterindien befolgt hat. Dieses Votum umfaßt nicht nur die Gesamtheit dessen, was dieselbe in den letzten Monaten dort gethan und unterlassen hat, sondern giebt ihr auch so ziemlich volle Freiheit für ihr weiteres Verfahren in jenen Ländern. Wer sich des Verhaltens der beiden französischen Kammern bei früheren Gelegenheiten ähnlicher Art entsinnt, wird darüber nicht erstaunt sein. Das Vorgehen Frankreichs in Tunis, Madagaskar und Tonkin bekundet das Wiederaufleben eines Geistes, der die französische Politik häufig beseelt hat, und jeder Kenner der Verhältnisse war sich schon geraume Zeit klar darüber, daß diejenigen Politiker, welche alle Unternehmungen zur Ausdehnung des Besitzes und der Herrschaft Frankreichs auf die Südküste des Mittelmeeres beschränkt zu sehen wünschten, nur eine nicht sehr beträchtliche Minorität ausmachten. Vor etwa fünf Vierteljahren unternahm man im Senate den Versuch, ein die Politik überseeischer Eroberungen verwerfendes, sie wenigstens zügelndes und beschränkendes Votum zustande zu bringen, aber ohne Erfolg, obwohl viel Beredsamkeit darauf verwendet wurde. Damals war die Regierung zu einer Eroberungspolitik genötigt, die mit der Entdeckung der Chumirs begonnen hatte, und niemand hätte vermutet, daß die verantwortlichen Minister zurücktreten würden. Jetzt ist das Kabinetsmaßes auf eine solche Politik angewiesen, erstens weil seine Vorgänger die Besatzung von Hanoi verstärkten, dann weil es selbst eine kleine Armee nach dem Delta des Roten Flusses absendete, die Forts am Huestrome stürmen ließ und in der Hauptstadt Annams einen Vertrag diktirte. Bei allen diesen Gelegenheiten erteilten beide Kammern, sobald man sich an sie wendete, dem Verfahren der verschiedenen Ministerien, die einander folgten, ihre Zustimmung. Die einzige Ausnahme von dieser Regel war der Weg, den sie in Betracht der ägyptischen Frage einschlugen, und die letzte Herausforderung, die am 30. Oktober durch Abstimmung zur Entscheidung gebracht wurde, mißglückte ebenso wie alle früheren Versuche, die Volksvertretung zu bewegen, die Unternehmungen der Kolonialpolitik der Regierung zu verwerfen. Auch kann man nicht sagen, daß die Kammermehrheit über die Sache im Dunkeln gewesen wäre, als sie ihre Meinung aus-

sprach. Sowohl der Marquis Tseng (im Standard) als die französische Regierung hatten die Dokumente veröffentlicht, in welchen die beiden Parteien bei dem Streite ihre Ansprüche niedergelegt hatten, der Konseilspräsident und der Minister des Auswärtigen setzten in ausführlicher Rede ihre Absichten auseinander und deuteten in verständlichster Weise ihre letzten Ziele an. So kann es keinen Vorwand mehr geben, welcher die Behauptung gestattete, man habe Frankreich mit verbundenen Augen in ein höchst gewagtes Unternehmen gestürzt. Wir müssen annehmen, daß die leitenden Geister in Paris sich entschlossen haben, auf jede Gefahr hin gewaltige Pläne zu verfolgen, daß sie sich dabei auf eine starke Majorität stützen, und daß alle, die für sie gestimmt haben, bereit sind, den damit zusammenhängenden Möglichkeiten die Stirn zu bieten, welche natürlich einen Krieg mit China einschließen. Das ist der Ausgang der von den Radikalen provozirten Debatte. Die Regierung hat einen leichten Sieg gewonnen, ihr bisheriges Auftreten ist gebilligt, ihr zukünftiges in seinen wahrscheinlichen Hauptzügen im voraus gutgeheißen.

Zu gleicher Zeit erfocht das Kabinet Ferry noch einen Sieg und die radikalen Gegner desselben erlitten noch eine Niederlage. Es handelte sich am Montag und Dienstag der vorigen Woche um etwas mehr als um den Streit mit China oder selbst um die Billigung einer Politik, welche Ersatz für Gebietsverlust daheim in entlegenen Ländern sucht. Ostensibel war der Ansturm der Partei Clémenceaus gegen das Unternehmen in Chinesisch-Indien gerichtet, in Wahrheit aber gegen das Ministerium als die Führerschaft der maßvolleren Radikalen, der Gambettisten. Wir erinnern uns, daß Ferry in Rouen und Havre den „Unversöhnlichen“ Fehde an sagte, und daß er mit unzweideutigen Worten sich bereit und entschlossen erklärte, sie mit Entschiedenheit zu bekämpfen. Seitdem wütete zwischen ihm und den Ultras ein ungewöhnlich erbitterter Zeitungskrieg, der nicht selten die Grenzen der Billigkeit, bisweilen auch die des Anstandes überschritt, und seit Wochen wußte man, daß es zwischen den beiden Parteien, von welchem die eine die Ordnung und die Stabilität, die andre alle Arten revolutionärer Meinung vom Cäsarismus bis zur Anarchie vertritt, zu einem parlamentarischen Zusammenstoße von großer Heftigkeit kommen müsse. Der Granetsche Antrag war daher dem Konseilspräsidenten und dessen Amtsgenossen sehr willkommen, einmal weil er ihm Gelegenheit schuf, den Radikalen in der Kammer entgegenzutreten und sie zu werfen, dann weil er ihn in den Stand setzte, in seiner Stellung China gegenüber festen Boden zu gewinnen und sicherer und nachdrücklicher zu operiren. Indem, mit andern Worten, die Mehrheit der Volksvertretung das Auftreten des Kabinetts in Ostasien unterstützte, gab sie zugleich kund, daß sie ihm in seiner innern Politik wenigstens fürs erste zur Seite zu stehen bereit sei. So triumphirte einerseits der gemäßigte, bis zu einem gewissen Maße konservativ gewordene Republikanismus, andererseits die Meinung Waddingtons, daß man sich jenseits der Meere ausdehnen müsse.

Das Botum vom 30. Oktober ist also von doppelter Wichtigkeit. Es erteilt in der eben bezeichneten zweiten Hälfte demjenigen formelle Sanction, was wir als ein neues Einlenken in eine Richtung aufzufassen haben, die seit dem Mißlingen des Unternehmens Kaiser Napoleons gegen Mexiko von den verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungen verlassen worden war. Mit der jetzt so kräftig und deutlich ausgedrückten Billigung des seit drei Jahren verfolgten Planes, den Franzosen jenseits der Meere neue Kolonien und Reiche zu gewinnen, ist in die Weltpolitik eine neue Kraft eingeführt worden, mit welcher diejenigen, welche es angeht, mit welcher in erster Reihe die Engländer fortan zu rechnen haben werden. Wenn es dazu noch einer Kundgebung bedurfte, so muß der Ausgang der Kammerdebatten der letzten Woche dies jedem, der sehen kann, klar gemacht haben.

Seit die große Majorität der Deputirten Frankreichs sich so entschieden ausgesprochen hat, sind wir berechtigt, anzunehmen, daß die Reden Ferrys und Challemeil-Lacours die Politik der französischen Nation aussprachen, welche sich ganz im Einklange mit dem Programm Waddingtons vom vorigen Jahre befindet. Frankreich, so erklärte Ferry, hat als zweite der großen Seemächte der Welt besondere Pflichten. Eine derselben besteht darin, daß wir den Franzosen zukünftiger Geschlechter neuen Boden für ihre Thätigkeit beschaffen. Nationen suchen sich neue Häfen, neue Absatz- und Bezugsquellen in noch unerschlossenen Gegenden der Erde, und weshalb sollte Frankreich sich dem chinesischen Reiche nicht nähern, das vierhundert Millionen Konsumenten enthält? Das ist die offenkundige Absicht bei der neuen Entwicklung der Dinge. Der Prozeß der Annäherung liegt aller Welt klar vor Augen. Er begann mit der Erwerbung von Saigon, dann folgte ein diplomatischer Vertrag mit Annam und zuletzt die Besetzung eines Theiles von Tonkin. Ganz offen legte der Minister die Gründe dar, welche zu den Zwangsmaßregeln gegen den Hof von Huế veranlaßt haben. Das Ableben des Königs Tuduk schuf eine unverhoffte Gelegenheit, die man sofort sich zunutze machen mußte, und die Kammern wurden nicht einberufen, weil sonst die Aussicht auf Erzwingung eines neuen und entscheidenden Vertrages mit Annam verloren gegangen sein würde. Nichts könnte deutlicher den Plan der Franzosen wie die Art und Weise seiner Ausführung zeigen, die beide sich auf die Annahme gründeten, daß Frankreich berechtigt sei, sich die Schutzherrschaft über Tonkin und Annam zu erzwingen und damit, wie wir hinzufügen dürfen, die Ausdehnung derselben auf das Königreich Siam vorzubereiten. Nachdem man soweit gelangt war, konnten die Franzosen nicht ohne Schaden für ihr Ansehen zurückweichen, der einer Verminderung ihres Einflusses in Ostasien gleichgekommen wäre, und obwohl sie schon in einem frühen Stadium dem Einspruche Chinas auf ihrem Eroberungswege begegneten, ließen sie sich nicht stören: der Hof von Peking wurde als halbbarbarische Macht angesehen, der nur dem Argumente der militärischen Gewalt zugänglich war. Der

Bourrésche Vertragsentwurf paßte nicht zu der Idee einer Ausdehnung der Eroberungen an der Mündung des Roten und des Gué-Flusses bis an die chinesische Grenze, und so wanderte er in den Papierkorb. Die Verhandlungen in Peking und Paris sind bis jetzt noch zu keinem Ergebnisse gediehen, aber der französische Konseilspräsident sagt uns, obwohl unterbrochen, seien sie noch kein eigentlicher diplomatischer Bruch; denn Frankreich habe in China in der Person des Herrn Tricou noch einen Unterhändler, und derselbe habe soeben eine Depesche eingesandt, in welcher er die überraschende Mitteilung mache, der einflußreiche Großmandarin Li Hang Tschang habe die Äußerungen des Marquis Tseng in Betreff des Streites zwischen China und Frankreich mit Entschiedenheit als irrtümlich bezeichnet.

Verhielte sich das wirklich so — woran zu zweifeln erlaubt ist, da Tseng nach englischen Blättern, über die Sache befragt, erklärt hat, er „sei ganz einer Meinung mit Li Hang Tschang“ —, so hätte die Angelegenheit wohl eine günstigere Wendung für Frankreich genommen. Das führt uns zu dem Standpunkte, von dem aus Ferry China betrachtet, sowie zu dem Verfahren, welches er zu beobachten gedenkt. Der Hof von Peking protestirt und wird vermutlich weiter protestiren, behauptet er, sich aber am Ende den vollendeten Thatfachen fügen — eine Ansicht, die Challemel-Lacour, ein offenkundiger Verächter der Chinesen teilt. Ferry meint ferner, der Staatsrat in Peking werde sich versöhnlicher zeigen, wenn die Franzosen Songtai und Bakin genommen haben würden. Die Regierung glaubt, so setzte er hinzu, daß China uns nicht den Krieg erklären wird, und auch wir beabsichtigen keinen Krieg mit China. Was wird also geschehen? Die Armee wird sich in dem Delta festsetzen, sodaß niemand imstande sein wird, sie von dort zu vertreiben, Geduld, Kraft und Ruhe werden gegen alle Angriffe gefest sein, und die kluge Politik, die sich auf vollendete Thatfachen verläßt, wird zu einer Beilegung des Streites um Tonkin führen. Frankreich wird sein Geld und Blut gut angelegt haben, und die Zukunft wird sich glänzend und gedeihlich entwickeln.

Das etwa sind die Ziele und Hoffnungen der französischen Regierung. Sie baut auf Erfolge und glaubt sich dieselben ohne Krieg mit den Chinesen sichern zu können. Der ganze Plan ist uns jetzt enthüllt, niemand kann mehr daran zweifeln, daß die Franzosen es im letzten Grunde auf die Unterwerfung der ganzen hinterindischen Halbinsel bis an die Grenzen von Birma und China abgesehen haben. Was die nächste Zukunft betrifft, so ist es wahrscheinlich, daß das Pariser Kabinet, gestärkt durch eine Kammerabstimmung und durch Siege im Delta von Tonkin, eine Wiederaufnahme der diplomatischen Unterhandlungen erwartet und in Betreff derselben hofft, China werde seine bisherige Stellung zur Sache aufgeben oder wenigstens französischen Erwerbungen in den seiner Oberherrlichkeit unterworfenen Ländern widerstrebend, aber unthätig zusehen. Man wird nun abzuwarten haben, ob diese Berechnung der Zukunft sich als

richtig erweisen und ob aus der oder jener Ursache der Krieg zwischen Frankreich und China unterbleiben wird. Die uneingeschränkte Billigung, welche das Vorgehen Ferrys im französischen Unterhause erfahren hat, kommt einer Ratifikation der Bedingungen gleich, die er vor kurzem der Pekinger Regierung vorlegen ließ, und deren Annahme diese verweigerte. Es ist zu bezweifeln, daß sie nachgeben wird, wenn ihr dieselben in Gestalt eines Ultimatums zugehen. Sollte sie bei der Ablehnung verharren und einen Krieg nicht scheuen, so würde das französische Unternehmen in Tonkin ohne Zweifel unter allen Umständen und bei jedem Ausgange mehr Nachteile als Vorteile für Frankreich haben. Der Kampf würde die Gefahr bedenklicher Verwicklungen mit England, dessen Handel er stören würde, heraufbeschwören, ein von Frankreich besiegttes China würde auf Jahre hinaus gegen alle Europäer ohne Unterschied Groll und Erbitterung im Herzen hegen, ein siegreiches, ja ein nur vorübergehend über seinen westlichen Gegner siegreiches China würde zum erstenmale über seine militärische Kraft und Bedeutung aufgeklärt sein, und der gesamte Westen würde in Zukunft von seiner Anmaßung ebensoviel zu fürchten haben als im entgegengesetzten Falle von seinem Übelwollen.

Mittlerweile hat die äußerste Linke der Deputirtenkammer einen zweiten Angriff auf das Kabinet Ferry vorbereitet. Ein andres Mitglied dieser Gruppe von Politikern, Herr Gatineau, hat seine Absicht angekündigt, dem Hause den Vorschlag zur Ausweisung der Prinzen vom Hause Orleans zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Die Fassung dieses Antrages wird genau dieselbe sein wie die Form des Gesetzes, das im Jahre 1832 auf Anregung der Regierung Ludwig Philipps die Verbannung des älteren Zweiges der Bourbonen verfügte. Wenn hier die Familie Orleans gewissermaßen mit einer Sprengbombe beseitigt werden soll, die sie selber angefertigt hat, so gilt das einigermaßen auch von dem verehrlichen Herrn, der sie jetzt zu werfen beabsichtigt. Denn es trifft sich zufällig, daß dieser selbe Monsieur Gatineau im vorigen Januar einer der eifrigsten Bekämpfer der vom Deputirten Floquet vorgeschlagenen Austreibungsmaßregeln war. In einem Briefe, welchen er an die Redaktion einer französischen Zeitung richtete, erklärte er, „der entschiedenste Feind aller Proskriptionen“ zu sein, und klagte über „jene kurzfristigen Republikaner, die unter den abgelegten Kleidungsstücken der Vergangenheit nach Kleidern suchen, die für sie zu lang und zu weit sind.“ Boshafte Kritiker haben demzufolge die Bemerkung gemacht, der Herr Advokat Gatineau müsse seit Beginn dieses Jahres „gewachsen sein,“ und es liegt in der That so ziemlich auf der Hand, daß die Stellung, in die er sich zu bringen vorhat, dazu dienen wird, den Grafen von Paris und seine Verwandten, Oheime u. dergl. ihre Gemütsruhe bewahren zu lassen. Wenn es verdrießlich für jemand ist, mit einer Waffe angegriffen und geschlagen zu werden, die er für andre Leute aus dem Walde geschnitten, gegossen oder geschmiedet hat, so ist es geradezu schmachvoll, jedenfalls sehr dreist und unvorsichtig, eine

Waffe zu schwingen, von der man kurz vorher öffentlich behauptet hat, es sei unanständig und unbillig, sich ihrer gegen irgend jemand zu bedienen. Indes könnte der Herr Abgeordnete, wenn Offenherzigkeit und Ehrlichkeit bei fortschrittlichen und andern radikalen Politikern Brauch und Herkommen wären, sich damit verteidigen, daß sein Antrag nicht sowohl gegen die orleanistischen Prinzen — deren Sache wir hiermit keineswegs zur unsern machen wollen — gemünzt sei, sondern nur die Regierung in Verlegenheit bringen und mißlieblich machen solle. Er wünscht offenbar nicht die Vertreibung der Prinzen aus Frankreich herbeizuführen, sondern würde zufrieden sein, wenn sein Antrag die Folge hätte, die Minister zur Räumung der Stellen zu veranlassen, die sie jetzt innehaben. Seine Absicht ist, Ferry zur Verteidigung der Prinzen zu nötigen, deren Verbannung er angeblich erstrebt, und so der Anklage auf orleanistische Gesinnung mehr Farbe zu geben, welche die radikalen Gegner des Cabinets gegen dasselbe erheben möchten. Von der Taktik der französischen Politiker gilt in ganz besonderm Maße die Redensart, nach welcher jeder Stock gut ist, wenn man einen Hund prügeln will, wenn es nur wirklich ein Stock ist, und namentlich der radikale, der „entschiedene,“ der „gesinnungstüchtige“ Parteimann kümmert sich noch weniger als bei uns darum, über welchen Zaun von Rechten und Freiheiten er steigen, welchen er nötigenfalls niederbrechen muß, um seinen Stock zu erreichen.

Außerdem ist es nicht unmöglich, daß der rücksichtslose Parteigeist, welcher die französischen Radikalen beseelt, noch eine andre Waffe zum Angriff auf das Ministerium finden wird, und zwar eine solche, die England angeht. Bekanntlich hatte Admiral Pierre bei Tamatave einen Missionär Shaw, der sich der Begünstigung der Hovas verdächtig gemacht hatte, gefangen nehmen und einsperren lassen und ihn dann lange in Haft behalten. Die englische Regierung erhob darüber Beschwerde, und es folgten Verhandlungen über die Angelegenheit, die angeblich mit einem Nachgeben der Franzosen endigten. Der betreffende Bericht scheint etwas voreilig abgefaßt worden zu sein. Die französische Regierung ist allerdings im Prinzip bereit, dem Herrn Shaw eine Entschädigung zu zahlen und dieselbe mit einer Entschuldigung wegen des Mißverständnisses zu begleiten, infolgedessen man Anstand genommen, ihm sofort nach seiner Verhaftung die Freiheit wiederzugeben. Aber die Einzelheiten der Verständigung erwarten noch ihre Feststellung, und dies soll durch Waddington in London geschehen. Ein Teil der französischen Presse aber ist der Meinung, daß Shaws Anspruch auf Genugthuung unbegründet sei, und daß jede französische Regierung, welche ihn anerkennen wollte, sich der Schwäche und der Verletzung der Würde Frankreichs schuldig machen würde. Es ist nun nicht unwahrscheinlich, daß der versöhnliche Schritt, den Ferry England gegenüber zu thun vorhat, von seinen Gegnern als eine Gelegenheit zu patriotischen Deklamationen betrachtet werden wird. Dieselbe verspricht zuviel Popularität, als daß man der Versuchung widerstehen könnte, sie bestens auszunutzen.